

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Verbrechen im Nahostkrieg: "Nach meinem Eindruck gibt es enorm viele Beweise"](#)
2. [Der Zeitenwende](#)
3. [USA und ihre Alliierten können globale Sicherheit nicht gewährleisten](#)
4. [«Von der Levante bis zur Persischen Golfregion»](#)
5. [Wie Habeck alles grün macht \(bis es weg ist\)](#)
6. [Gericht stoppt Einbaupflicht für Smart Meter](#)
7. [Warum nicht die Altenpflegeausbildung wiederbeleben?](#)
8. [Corona-Ursprung: US-Kongress stoppt Gelder für umstrittene Experimente in Wuhan](#)
9. [KI wird sehr schnell zu «intelligent» und gefährlich](#)
10. [Neokolonialismus: Macron will »Ordnung« in Neukaledonien](#)
11. [Buschmann fordert mehr Wertschätzung für die Demokratie](#)
12. [Der falsche Mann im höchsten Amt](#)
13. [Europawahl 2024 - ohne einheitliches Mindestwahlalter](#)
14. [Konservative stimmten 340 Mal gemeinsam mit Rechtsradikalen](#)
15. [Zu guter Letzt: Backstage ICC, Pocher und das Fliewatüüt - Küppersbusch TV](#)
16. [Veranstaltungshinweise der Woche](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Verbrechen im Nahostkrieg: "Nach meinem Eindruck gibt es enorm viele Beweise"**

Sind die beantragten Haftbefehle gegen Israel und die Hamas angemessen? Hier erklärt der Völkerrechtler Kai Ambos, welche Indizien und Belege vorliegen. [...]

DIE ZEIT: Der Antrag auf Haftbefehl richtet sich sowohl gegen die Hamas als auch

gegen Israel. Werden hier ein demokratischer Staat und eine Terrororganisation auf dieselbe Stufe gestellt? Präsident Biden hat in einer ersten Stellungnahme noch einmal betont, es gebe "keine Äquivalenz" zwischen Israel und der Hamas.

Ambos: Dass ein Staat demokratisch ist, heißt ja leider nicht, dass er deswegen keine Kriegsverbrechen begehen kann. Das haben wir zum Beispiel im Vietnam-Krieg gesehen. Das wäre schön, aber so ist es nicht. Ob es eine Koinzidenz ist, dass die Anträge gegen die Hamas-Führer und Netanjahu zusammenkommen, weiß ich nicht. Es ist jedenfalls allgemein erwartet worden, der Chefankläger werde beide Konfliktparteien adressieren, wenn dies die Beweislage hergibt. Darin würde ich auch keine Gleichsetzung zwischen der Hamas und Israel sehen, es geht ja um unterschiedliche Vorwürfe. Diskutieren könnte man vielleicht, ob es klug ist, direkt gegen den Premierminister vorzugehen, ob es nicht besser gewesen wäre, gegen extremere Repräsentanten der derzeitigen Regierung, zum Beispiel Finanzminister Smotrich oder Sicherheitsminister Ben-Gvir vorzugehen. Am Ende sind das aber Entscheidungen, die nur der ermittelnde Staatsanwalt treffen kann, weil nur er die volle Beweislage kennt.

Quelle: [Zeit Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Klar und präzise argumentiert. Vor allem in dem Hinweis, dass ein demokratischer Staat leider ebenfalls Kriegsverbrechen begehen kann, was manche Leute einfach nicht wahrhaben wollen.

2. Der Zeitenwende

Boris Pistorius ist nahezu der einzige wirklich beliebte Politiker Deutschlands — dass diese Liebe ausgerechnet einem notorischen Kriegstreiber gilt, ist ein fatales Signal. Er riskiert einen Krieg mit einem der größten und am besten bewaffneten Länder der Erde. Er will Hunderte Milliarden hart erarbeiteter Steuergelder in Rüstung stecken, obwohl das Geld anderswo dringend benötigt wird. Er beabsichtigt, schon Schüler auf Kriegstüchtigkeit einzuschwören, will mit der Rückkehr zur Wehrpflicht junge Erwachsene wieder strammstehen lassen und nährt mit jedem Talkshow-Auftritt die sattsam bekannten Feindbilder. Man könnte meinen, einem solchen Politiker würde die geballte Abneigung der Bevölkerung entgegenschlagen. Das Gegenteil ist der Fall: Bum Bum Boris ist für viele Deutsche der König der Herzen. Er ist einer der letzten wirklichen Publikumsliebhaber innerhalb eines politischen Führungskaders, der das Vertrauen der Menschen in rasantem Tempo verspielt. Die wahre Geheimwaffe des glücklosen Kanzlers Olaf Scholz und vielleicht sein Nachfolger. Was ist das Geheimnis des Mannes, dessen bekanntester Spruch Deutschlands „Kriegstüchtigkeit“ zu beschwören sucht? Sind die Deutschen allesamt zu Masochisten mutiert, oder haben

wieder einmal die regierungsfreundlichen Medien ganze Arbeit geleistet?

Quelle: [Manova](#)

3. **USA und ihre Alliierten können globale Sicherheit nicht gewährleisten**

Militärische Lösungen führen nur zu weiterer Unsicherheit und Eskalation. Doch was passiert, wenn die westliche Politik ihre Strategie nicht ändert? (Teil 2 und Schluss)
Für die, die sehen wollen, ist längst eindeutig, dass die USA weder im Alleingang noch unterstützt durch ihre Alliierten die Fähigkeit und die Mittel haben, weltweit dafür zu sorgen, dass verlässliche Sicherheit entsteht. Da mag sich der deutsche Verteidigungsminister noch so sehr rühmen, dass nun auch ein deutsches Schiff im Roten Meer gegen die Huthi mitschwimmt oder eins im asiatisch-pazifischen Raum den Chinesen die Gelbe Karte zeigen will.

Quelle: [Petra Erler auf Telepolis](#)

4. **«Von der Levante bis zur Persischen Golfregion»**

Die Leserinnen und Leser von Globalbridge.ch kennen sie: Karin Leukefeld, die wie nicht schnell eine andere Journalistin den Nahen Osten persönlich kennt und seit einigen Jahren regelmässig von dort berichtet. Fritz Edlinger, der Herausgeber und Chefredakteur der - immer sehr lesenswerten - österreichischen Zeitschrift INTERNATIONAL: «Soeben haben wir ein umfangreiches Video ins Netz gestellt, welches die komplette Aufnahme des jüngsten Vortrages „Von der Levante bis zur Persischen Golfregion. Akteure und ihre Interessen im Kampf um Palästina“, den Karin Leukefeld auf Einladung von INTERNATIONAL am 8.5. in Wien gehalten hat, beinhaltet.»

Quelle: [Globalbridge](#)

5. **Wie Habeck alles grün macht (bis es weg ist)**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habecks neuester Geniestreich dürfte dafür sorgen, dass die öffentlichen Investitionen endgültig zusammenbrechen, mit der noch verbliebenen funktionstüchtigen Infrastruktur. Nachdem er schon der Immobilienwirtschaft mit dem Heizgesetz einen Pfahl ins Herz verpasst hat, nimmt er sich jetzt den öffentlichen Bausektor vor.

Wie? Indem er stufenweise dazu verpflichten will, "grünen", also nutzlos überteuert hergestellten, Stahl und Beton zu verwenden. Und der Hebel dafür soll die öffentliche Hand sein, die darauf verpflichtet werden soll, diese Materialien zu verwenden.

Schließlich fände ein großer Teil der Bau- und Infrastrukturmaßnahmen in öffentlichem Auftrag statt.

Ein typisches Beispiel dafür, wie das Habeck-Ministerium mit halben Informationen ganzen Unfug anstellt. Zwei Drittel dieser öffentlichen Investitionen erfolgen nämlich durch die Kommunen. Durch Städte und Landkreise. Nicht durch den Bund. Und jeder, der eine Ahnung, auch nur den Hauch einer Ahnung vom Zustand kommunaler

Finanzen hat, weiß, dass für diese schon die Erhöhung der Baukosten, die ohne den grünen Schnickschnack stattfand, eine Katastrophe ist. Weil die meisten Kommunen längst Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben haben, die kommunalen Kassen leer sind und beispielsweise durch den Zustrom von Flüchtlingen immer neue Belastungen hinzukommen. Man dürfte kaum eine Kommune in Deutschland mehr finden, die nicht längst mit allen Mitteln versucht, Sanierungen öffentlicher Gebäude auf die lange Bank zu schieben.

Quelle: [Dagmar Henn in RT DE](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Das ist nicht ganz richtig. Die Investitionsbereitschaft der Kommunen ist durchaus vorhanden und wird auch in den Haushalten abgebildet. In erster Linie fehlt es aber an personellen Kapazitäten, um alles auch abarbeiten zu können. So entstehen mitunter immer größere Haushaltsreste.*

dazu: **Habeck legt Quoten-Konzept für grünen Stahl vor**

Habeck sagte, mit dem Konzept nehme man die Nachfrageseite in den Blick. Die Rahmenbedingungen müssten so gesetzt sein, dass grüne Produkte „mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig sind“. Im Fokus stehen mit Stahl, Zement, Ammoniak und Ethylen Produkte der energieintensiven Grundstoffindustrie, die essenzielle Bestandteile vieler Wertschöpfungsketten der deutschen Wirtschaft sind.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Erst im vergangenen Monat hatte Bundesminister Habeck zusammen mit der Wirtschaftsvereinigung Stahl das Kennzeichnungssystem Low Emission Steel Standards (LESS), eine Kennzeichnung für CO₂-armen Stahl, [vorgestellt](#). Über die öffentliche Beschaffung oder über Quotenregelungen und mit milliardenschweren Förderprogrammen für einige Branchen soll nun also u.a. grüner Stahl zum Standard werden. Mit diesem Konzept entpuppt sich Herr Habeck nicht als Kämpfer [“für die gute alte soziale Marktwirtschaft“](#), sondern als Ideologe für eine angeblich grüne Wirtschaft. Bitte lesen Sie dazu u.a. auch bzw. erneut:*

- a. [„Landkrieg“, zerstörtes Gasnetz usw.: Ist Robert Habeck der gefährlichste Politiker der Regierung?](#)
- b. [Deutschland ist Schlusslicht bei IWF-Konjunkturprognose und Robert Habeck sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht](#)
- c. [Baerbock und Habeck: Auftragskiller des deutschen Mittelstandes?](#)
- d. [Bundeswirtschaftsministerium unter Habeck: Vetternwirtschaft, Klima der Angst und Einsatz des Inlandsgeheimdienstes bei „abweichenden Einschätzungen“](#)

Erinnert sei daran: Als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz hatte Herr Habeck anlässlich eines WEF-Treffens andeutend den Anspruch erhoben, Unternehmen, das Kapital, die Finanzmärkte, die Energieunternehmen [“in die richtige Richtung mitziehen“ zu wollen](#). Inzwischen – und nach insgesamt über zwei Jahren Regierungsverantwortung – ist das Kapital in die Richtung raus aus Deutschland gelenkt worden, [der Gesamtmetall-Chef sieht Beginn von De-Industrialisierung](#) und vielleicht denkt Herr Habeck an die in den USA Freude bereitende [„dienende Führungsrolle“ Deutschlands](#).

6. **Gericht stoppt Einbaupflicht für Smart Meter**

Die aktuell verfügbaren Smart Meter sind nicht rechtskonform und sollen daher nicht eingebaut werden. Das hat das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster entschieden.

Hintergrund: Mit smarten Stromzählern können nicht nur die Zählerstände automatisch digital und verschlüsselt an die Stromerzeuger ermittelt werden. Denkbar ist auch eine Steuerung des Stromverbrauchs je nach Versorgungslage. Bis zum Jahr 2032 sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Energiewende alle analogen Stromzähler durch digitale Stromzähler ersetzt werden. Dafür ist eine Lizenzierung der neuartigen Stromzähler durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) notwendig.

Nach Ansicht der OVG-Richter ist eine Verfügung des BSI voraussichtlich rechtswidrig.

Quelle: [Handwerksblatt](#)

Anmerkung Christian Reimann: Auch diese “Baustelle” scheint der zuständige Bundesminister Habeck nicht in den Griff zu bekommen. Bitte lesen Sie dazu auch [Rechnungshof sieht bei Smart Meter hohe Kosten und bisher kaum Nutzen](#) und [Smarte Stromzähler sollen Pflicht werden](#) sowie „Steigerung der Energieeffizienz“ – auf Deutschland wartet das nächste Einspargesetz und dazu auch: [Energiewende: Habeck hat “Smart-Meter-Aufbruchgesetz” fertig](#) jeweils mit einer Anmerkung.

7. **Warum nicht die Altenpflegeausbildung wiederbeleben?**

Manchmal sind es schlichte Fakten, die die Ideologie durchkreuzen. Nachdem die Befürworter der generalistischen Pflegeausbildung jahrelang die Zusammenlegung der verschiedenen Pflegeausbildungen zum entscheidenden Schritt zur Stärkung des Berufs verklärt hatten, machte das Statistische Bundesamt diesen Fantasien im Sommer letzten Jahres ein Ende. Minus sieben Prozent – so fiel die dramatische Bilanz

der Ausbildungszahlen der vorhergehenden Jahre aus. Mit der kleinen (und vorläufigen) Aufwärtsbewegung in diesem Jahr um 3 Prozent bleiben die Zahlen immer noch deutlich unter dem vorherigen Niveau. Ein Drama für die Branche, vor allem für Pflegebedürftige, deren Versorgung immer weniger gesichert ist. Aber offenbar durfte nicht sein, was nicht sein sollte. Also schwiegen die zuständigen Ministerien und selbst der Deutsche Pflegerat brauchte mehrere Tage, um die Zahlen öffentlich zu kommentieren und zu einer allgemeinen konjunkturellen Delle umzudeuten. Der Schock ist zu Recht groß. Jahrelang hatte die Pflegeausbildung kontinuierlich für massive Zuwachszahlen gesorgt.

Quelle: [bpa](#)

***Anmerkung unseres Lesers M.W.:** Ganz offensichtlich ist man selbst bei solch enorm wichtigen "Butter und Brot" -Themen hierzulande nicht mehr in der Lage, handwerklich solide Arbeit abzuliefern. Ein Hufschmied und ein Goldschmied bearbeiten beide unstrittig Metall. Trotzdem käme niemand auf die Idee, die Ausbildung für beide zusammenzulegen.*

8. Corona-Ursprung: US-Kongress stoppt Gelder für umstrittene Experimente in Wuhan

Ein Untersuchungsausschuss ermittelt seit längerer Zeit zum Ursprung der Covid-19-Pandemie - nun wurden einige fragwürdige Laborexperimente angehalten. Der US-Kongress hat die Staatsgelder für Laborrecherchen der Eco Health Alliance offiziell (EHA) gestoppt. Die EHA war unter anderem in dem Labor in Wuhan tätig, das seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie immer wieder in den Mittelpunkt von Untersuchungen zum Ursprung des Virus geraten war. Die gemeinnützige Organisation fokussiert sich auf die Erforschung von Infektionskrankheiten. Die Republikaner im US-Kongress - allen voran Rand Paul - werfen der EHA vor, sogenannte Gain-of-Function-Experimenten im Wuhan Institut of Virology durchgeführt zu haben. Es handelt sich um Experimente, bei denen die Eigenschaften eines bei Tieren vorkommenden Krankheitserregers so verändert werden, dass er ansteckender oder gefährlicher für den Menschen wird.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

9. KI wird sehr schnell zu «intelligent» und gefährlich

Wann könnten die neuen Technologien uns Menschen auslöschen? Immer mehr KI-Entwickler schlagen immer dringlicher Alarm.

Dies ist ein Gastbeitrag. Leo Keller ist seit 2000 als Internet-Start-Up-Gründer beruflich im Feld der Semantic Intelligence tätig (Sprach-KI).

«Künstliche Intelligenz (KI) schreitet rasant voran, und Unternehmen verlagern ihren

Fokus auf die Entwicklung allgemeiner KI-Systeme, die autonom agieren und Ziele verfolgen können. Der Zuwachs der Fähigkeiten und der Autonomie könnten die Auswirkungen von KI bald massiv verstärken, inklusive Risiken wie grosse soziale Schäden, böswillige Nutzung und irreversibler Verlust der menschlichen Kontrolle über diese autonomen KI-Systeme.»

Quelle: [Infosperber](#)

10. **Neokolonialismus: Macron will »Ordnung« in Neukaledonien**

Ausnahmestand in französischer Kolonie bleibt vorerst. Kein Abrücken von Wahlreform

Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron hat sich am Dienstag doch noch entschlossen, in dem seit zehn Tagen von Unruhen geschüttelten Überseegebiet Neukaledonien nach dem Rechten zu sehen. Nach langer Anreise ins rund 17.000 Kilometer entfernte Besitztum veröffentlichte die Regierungsseite am Donnerstag das Resultat erster Gespräche mit den politischen Kräften vor Ort. Dies dürfte vor allem für die Unabhängigkeitsbewegung, aber auch für die sogenannten loyalen Inselbewohner eher enttäuschend sein. Der Präsident, der mit Innenminister Gérald Darmanin und Armeeminister Sébastien Lecornu angereist war, betonte: Der vergangene Woche verhängte Ausnahmestand werde »vorerst« beibehalten. Und als eine Art feine Ergänzung dieser Maßnahme sollen die aus Paris eingeflogenen 3.000 »Sicherheitskräfte« »solange wie notwendig« »für Ordnung sorgen«.

Quelle: [junge Welt](#)

11. **Buschmann fordert mehr Wertschätzung für die Demokratie**

Zum 75. Jubiläum der Verkündung des Grundgesetzes fordert Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) mehr Wertschätzung für die Demokratie in Deutschland. Der FDP-Politiker sagte der Rheinischen Post: "Unsere Verfassung als Rahmen der Politik hat für den freiheitlichsten und wohlhabendsten Staat gesorgt, den wir je hatten." Jenen, die die Demokratie infrage stellen, empfehle er einen Blick in die Welt: "In keinem autoritären Staat würden sie besser leben können."

Quelle: [Zeit Online](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Soso, das Grundgesetz sei "die Grundlage dafür, dass in unserem Staat Freiheit und Demokratie und Recht das Zusammenleben bestimmen". Dabei schreitet die Spaltung der Gesellschaft seit Jahren voran. Mehr Wertschätzung wird nun jedoch gefordert. Aber von wem genau? Als vor über vier Jahren die ersten Demonstranten mit dem Grundgesetz in der Hand loszogen, wurden sie in einer Art und Weise angegangen, [die schwer mit der Würde des Menschen in Art. 1 GG](#) in Einklang zu bringen ist. Noch als Bundesfinanzminister sagte Herr Scholz: [„Für meine Regierung gibt es keine roten Linien mehr bei dem, was zu tun ist. Es gibt](#)*

[nichts, was wir ausschließen](#)". Eine Aufarbeitung der merk-würdigen Coronazeit hat bis heute nicht stattgefunden. Keine Anklage und Aufarbeitung hat auch die Planung eines möglichen deutschen Angriffs auf die Brücke von Kertsch (Krim-Brücke) erfahren, [obwohl eine solche militärische Intervention nach Art. 26 des GG verfassungswidrig ist](#). Anstatt das Grundgesetz zu feiern, sollte insbesondere die Exekutive von Bund und Ländern endlich mal anfangen, ihre eigenen Entscheidungen ernsthaft zu hinterfragen. Bitte lesen Sie dazu auch [„Bitte packen Sie jetzt das Grundgesetz weg!“](#)

12. **Der falsche Mann im höchsten Amt**

Der Bundespräsident soll das Land zusammenhalten. Frank-Walter Steinmeier scheitert derzeit an dieser Aufgabe. Es wäre wichtiger, das Amt auch endlich einmal zu prägen, statt es nur zu bekleiden, meint RND-Chefredakteur Sven Oliver Clausen. [...]

Die konstruktive Diskussion zu provozieren, um den Laden weiter zusammenzuhalten. Stattdessen wählte Steinmeier auch am Donnerstag Worte wie immer: wohlfeil, im Ungefähren und immer so, als wolle er sich der Bundesversammlung zur Wahl zum Bundespräsidenten empfehlen. Nur: Das ist er nun schon in seiner zweiten Amtszeit. Es wäre also wichtiger, das Amt auch endlich mal zu prägen, statt es nur zu bekleiden. Quelle: [Solinger Tageblatt](#)

Anmerkung unseres Lesers J.M.: Ein wichtiger und aus meiner Sicht richtiger Kommentar in einem konservativen Medium wie den Solinger Tageblatt

13. **Europawahl 2024 - ohne einheitliches Mindestwahlalter**

Das Europäische Parlament, das vom 3. bzw. 6. bis 9. Juni 2024 in den 27 Mitgliedstaaten der EU gewählt wird: 720 Sitze, davon 144 Abgeordnete (20 Prozent der Sitze), die von allen 16- und 17-jährigen Staatsangehörigen der folgenden vier EU-Mitgliedstaaten gewählt werden können: Deutschland (96), Belgien (22), Österreich (20) und Malta (6). Zudem 21 Abgeordnete, die von den Staatsangehörigen Griechenlands gewählt werden können, die im Wahljahr (2024) das 17. Lebensjahr vollenden und ebenfalls 21 Abgeordnete, die von den Staatsangehörigen Ungarns im Alter von unter 18 Jahren gewählt werden können, wenn sie verheiratet sind. Und in den anderen 21 Mitgliedstaaten (544 Sitze) gilt weiterhin (uneingeschränkt) 18 Jahre als das Mindestwahlalter. Es gilt das nationale Wahlrecht.

Quelle: [BIAJ](#)

14. **Konservative stimmten 340 Mal gemeinsam mit Rechtsradikalen**

Ursula von der Leyen zeigt sich offen, in der nächsten Legislaturperiode mit rechten Kräften im EU-Parlament zusammenzuarbeiten. Eine Analyse zeigt: Die Zusammenarbeit der rechten Fraktionen findet längst statt.

Wenn es gegen den Green Deal geht, das klimapolitische Großprojekt der EU, kooperieren konservative Europapolitiker hemmungslos mit Rechtsradikalen. Das geht aus einer Analyse der Grünenfraktion des EU-Parlaments hervor, die 2237 namentliche Plenarabstimmungen untersuchte. Sie liegt dem SPIEGEL im Detail vor.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

***Anmerkung André Tautenhahn:** Und doch haben die Grünen gegen eine Kommissionspräsidentin von der Leyen kaum etwas einzuwenden.*

15. **Zu guter Letzt: Backstage ICC, Pocher und das Fliewatüüt - Küppersbusch TV**

Heute blicken wir mal hinter die Haftbefehltrag des internationalen Strafgerichtshofs gegen die Führer von #Israel & der #Hamis und schauen uns den Chefankläger Karim Ahmad #Khan ein wenig genauer an. Außerdem: Ein gefährlicher Helikopterflug & Oliver "Seegurke" #Pocher.

Viel Spaß und gute Unterhaltung!

Quelle: [Küppersbusch TV via YouTube](#)

16. **Veranstaltungshinweise der Woche**

a. **Das Aktionsbündnis für Frieden Bergstrasse lädt zum Friedensmarsch am 30. Mai 2024 (Fronleichnam) ein!**

Das Aktionsbündnis für Frieden Bergstrasse freut sich, eine weiteren Friedensmarsch mit Kundgebung für den 30. Mai 2024 anzukündigen. Der Friedensmarsch und die Kundgebung stehen unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden - Hand in Hand über alle Gräben hinweg!“ und findet entlang der Bergstraße in Heppenheim und Bensheim statt.

Datum: 30. Mai 2024 (Fronleichnam)

Zeit: 10.30 bis 16 Uhr

Ort: Start in Heppenheim (Friedrichstraße/Postbrunnen), Abschlusskundgebung in Bensheim (Marktplatz)

Das Aktionsbündnis für Frieden zielt darauf ab, das Bewusstsein für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu stärken und die Gesellschaft im Engagement für eine friedlichere Welt zu vereinen. Neben dem gemeinsamen Friedensweg entlang der Bergstraße wird es auch Reden und künstlerische Beiträge geben.

Quelle: [Aktionsbündnis für Frieden Bergstrasse](#)

b. **Goslarer Friedensgespräche: Medien in Kriegs- und Krisenzeiten**

Für das Funktionieren der Demokratie haben investigative und kritische Medien eine elementare Bedeutung. Nicht ohne Grund werden sie als die „Vierte Gewalt“ im Staat bezeichnet. Das grundsätzliche Vertrauen in Medien ist jedoch massiv gesunken. Die renommierte Mainzer Langzeitstudie zum Medienvertrauen überraschte 2023 mit dem Ergebnis, dass nur 44 % der befragten Menschen den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen. Eine aktuelle repräsentative Umfrage des Nachrichtensenders NTV bestätigt das Misstrauen der Bundesbürger den sogenannten etablierten Medien gegenüber mit vergleichbaren Zahlen. Und eine kürzliche Forsa-Umfrage ergab, dass 43 Prozent der Befragten erklärten, ihrem subjektivem Eindruck nach sei der Journalismus in den letzten Jahren qualitativ schlechter geworden.

Diese alarmierenden Zahlen sind für das Friedensbündnis Goslar Anlass genug, der Frage auf den Grund zu gehen, welche Rolle die Medien insbesondere in den aktuellen Kriegs- und Krisenzeiten spielen. Im Rahmen der Goslarer Friedensgespräche hält Prof. Dr. Sabine Schiffer einen Vortrag zum Thema „Die Rolle der Medien zwischen Information, Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda“ am Mittwoch, 5. Juni um 19:30 Uhr im Kulturmarktplatz Goslar, Raum Arcachon.

Mittwoch, 5. Juni 2024 19.30 Uhr

Kulturmarktplatz Goslar, Am Museumsufer 2, Raum „Arcachon“

Quelle: [Offene Veranstaltungs-Datenbank](#)

c. **„Klima-Panikmache: CO2, das Maß aller Dinge?“**

Karl Reitter stellt sein neues Buch „Gemeinsam die Welt retten? - Vom Klimaalarm zum Green New Deal“ vor und zeigt, wie die Klimadebatte durch staatliche und überstaatliche Einflussnahme einseitig gesteuert wird, wie widersprechende Erkenntnisse systematisch aus dem wissenschaftlichen Diskurs herausgedrängt werden und welche Interessen die Akteure im Hintergrund dabei verfolgen.

Durch den Abend führt Sven Brajer.

Donnerstag, 6. Juni 2024, 19 Uhr

Raum, Rungestraße 20, Berlin-Mitte

Unkostenbeitrag 5 €

Anmeldung unter info@berlin-im-dialog.net

Quelle: [Berlin im Dialog](#)

Anmerkung der Redaktion: Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.